

Heribert Schiedel

Titel: ABC der Jungen Grünen

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus, Substantiv [der]

Die folgenden Ausführungen sind vom Wunsch getragen, dass wieder mehr politisch interessierte und aktive Menschen die FPÖ als das bezeichnen, was sie ist – als rechtsextrem. Statt einer formalen Definition, nach welcher Rechtsextremismus zuvorderst durch Gewalt und die Ablehnung der liberalen Parteiendemokratie bestimmt ist, muss die Rückkehr zur inhaltlichen Definition von Willibald I. Holzer (1993)¹ das Ziel sein. Das steht auch im Einklang mit der österreichischen Verfassung, welche bekanntlich nur das NS-Verbot kennt – und keinen „Anti-Extremismus“ wie in Deutschland. So steht in Österreich nur der Neonazismus – als radikalierter Rechtsextremismus, verbunden mit Gewalttätigkeit und NS-Apologie – unter Strafanordnung. Der Rechtsextremismus ist also nur als legales Vorfeld des Neonazismus Gegenstand verfassungsschützerischer Tätigkeit.

Ausgehend von Holzers Definition hat das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) 1993 die FPÖ zu ersten Mal als rechtsextrem charakterisiert (Bailer/Neugebauer 1993)². Nach einer Phase der politischen Mäßigung Ende der 1990er Jahre, die wegen ihrer fehlenden innerparteilichen Unterstützung in der Abspaltung des rechtspopulistischen Flügels (BZÖ) endete, rückte die FPÖ unter Heinz-Christian Strache wieder und noch weiter nach rechts außen. Daher habe ich diese Entwicklung mit der Verortung der FPÖ zwischen „Rechtsextremismus und Neonazismus“ zusammengefasst (Schiedel 2007: 107). Leider war außerhalb antifaschistischer Milieus fast niemand mehr bereit, mir in dieser Einschätzung zu folgen. Zu groß ist offenbar die Gewöhnung an den Skandal geworden.

Oft wird jener Rechtsextremismus, der sich noch im Rahmen der Demokratie artikuliert und bei Wahlen erfolgreich ist, als Rechtspopulismus bezeichnet. Dies gilt vor allem für Deutschland, wo eine enge definitorische Bindung des Begriffes Rechtsextremismus an die Opposition gegenüber der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) besteht. Demgegenüber stelle ich ein Verständnis von Rechtsextremismus, welches diesen in erster Linie inhaltlich und als ideologisches Syndrom bestimmt. Das heißt, Rechtsextremismus wird begriffen als ein ganzes Bündel von Merkmalen:

- die Behauptung natürlicher Ungleichheit: ein biologistisch, im Rückgriff auf die unhinterfragbare Natur argumentierender Antiuniversalismus und Antiegalitarismus. Dieser richtet sich gegen soziale Emanzipationsbestrebungen (u. a. Feminismus) und die Idee einer universalen Menschheit
- das Denken in Völkern, in natürlichen oder organischen Gemeinschaften, die mit einer unveränderlichen Eigenart (Identität) ausgestattet werden und dem Individuum als Träger von Rechten mindestens gleichgestellt, oft sogar übergeordnet sind (Antiliberalismus)

¹ Holzer, Willibald I. (1993): Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung DÖW...a. a. O., S. 11-96.

² Bailer, Brigitte; Neugebauer, Wolfgang (1993): Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Stiftung DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien, S. 327-428.

- ein völkischer, auf gemeinsame Abstammung zielender Nationalismus: Volksgemeinschaftsideologie, in welcher die (homogene) Gemeinschaft gegen die heterogene Gesellschaft gesetzt wird und oft in Opposition zu den Eliten gebracht wird. Die Gemeinschaft droht immer von Fremden zersetzt zu werden
- ein zur „Selbstüberhöhung neigendes Wir-Gefühl“ (Holzer 1993: 38)
- dauernder Protest und autoritäre Rebellion gegen das herrschende System oder demokratische Institutionen (Grundrechts-/Minderheitenschutz, Diskriminierungsverbot usw.), gegen die ein angeblicher Mehrheitswille in Widerspruch gebracht wird
- Dichotomisierung der Gesellschaft: starres Denken in festen und antagonistischen Gruppen wie z. B. Wir (unten) und Die (da oben) bzw. Volk und Elite, Eigen- und Fremdgruppe
- rigider Geschlechterdualismus und Ablehnung jeder Abweichung von einer behaupteten Norm (z. B. Homophobie)
- ein Diskurs, der weniger rationale Argumente, sondern vor allem „Begriffsfetische“ (Lenk 1971: 85)³ und politische Mythen generiert
- die Berufung auf den Alltagsverstand, hierzulande oft immer noch als „gesundes Volksempfinden“ bezeichnet. Damit verbunden sind Antiintellektualismus und Antielitarismus, wobei letzterer nicht auf einer egalitären Position basiert, sondern auf die Ersetzung der Herrschenden durch legitime Führer abzielt
- Sicherheitsversprechen durch die Auflösung von Ambivalenz (durch Spaltung und Projektion) und die Reduktion von Komplexität
- Sündenbockmentalität und Neigung zu personalisierenden und verschwörungstheoretischen Welterklärungen, in welchen man sich selbst zum Opfer macht
- Nationalisierende (deutschnationale) Geschichtsbetrachtung bis hin zu weichen Formen des Revisionismus und der NS-Apologie. Offener Revisionismus (Holocaustleugnung) und unverblünte Gutheißung des Nationalsozialismus kennzeichnen den Neonazismus, was ihn auch in diesem Fall als radikalisierten Rechtsextremismus ausweist.
- (kultureller) Rassismus und (oft codierter) Antisemitismus, eingebettet in einen allgemeinen Dekadenz- oder Katastrophendiskurs, zur Erreichung einer dauernder Mobilisierung

³ Lenk, Kurt (1971): Zur Sozialpsychologie der Mythenbildung, in: Ders.: Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus. Baden-Baden 1994, S. 85-91.

- totalitäres Normenverständnis, autoritäre Einstellungen und antiliberaler (rigide) Ordnungsvorstellungen (starker Staat)
- ein Kult der (phallischen) Stärke: Hypermaskulinität, das heißt die Glorifizierung übersteigerter Männlichkeit.
- eine spezifische, von Gewaltmetaphern durchsetzte, aggressive Sprache und ein bestimmter militanter, abwertender Stil in der politischen Auseinandersetzung (Diffamierungen, Pathologisierungen, Tiermetaphern, Namenspolemiken usw.)
- die systematische Personalisierung und Moralisierung des Politischen. Diese Moralisierung steht jedoch unter a- oder anti-moralischem Leitmotiv, wie es sich etwa in der permanenten Abwertung von "Gutmenschen" ausdrückt.

Nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass einzelne dieser Elemente des Rechtsextremismus sich auch in der politischen Mitte finden lassen, sollten zumindest drei von ihnen vorhanden sein, um von Rechtsextremismus sprechen zu können. Gegenwärtiger Rechtsextremismus wäre demnach zu bestimmen durch den demagogischen Rückgriff auf die Natur, insbesondere zur Legitimation sozialer Ungleichheit und herrschender Geschlechterordnung. Dieser Biologismus bildet in Verbindung mit der Trias (Volks-)Gemeinschaftsdünkel, Autoritarismus und (kultureller) Rassismus/(codierter) Antisemitismus den definitorischen Kern des Rechtsextremismus, um welchen sich dann weitere Elemente gruppieren (können). Die Ablehnung der liberalen Parteiendemokratie, wie die formale Definition von Rechtsextremismus unterstellt, gilt nach dieser Definition nicht als notwendige Voraussetzung, um eine Gruppe oder Position als rechtsextrem zu charakterisieren. Hingegen wären – im Falle der FPÖ – vor allem die Überschneidungen mit dem Neonazismus (Schiedel 2007: 107ff)⁴, der (antimuslimische) Rassismus (vgl. Schiedel 2011: 51ff)⁵, der Antisemitismus (vgl. Peham 2010)⁶ und der Demokratie-Aspekt (Schiedel 2014)⁷ bei der Charakterisierung zu berücksichtigen.

Während also in Deutschland entlang des Verhältnisses zur FDGO eine Differenzierung in rechtsextremistisch und rechtspopulistisch durchaus Sinn macht, dient in Österreich, dessen Verfassung das Rechtsgut FDGO nicht kennt, die Verwendung des Begriffes Rechtspopulismus oft der Verharmlosung – auch und gerade in seiner Anwendung auf die FPÖ. Es gibt aber durchaus auch wissenschaftliche Gründe, um in manchen Fällen von Rechtspopulismus zu sprechen. Als ein Kriterium der Abgrenzung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus können neben der Existenz mehrerer Agitationsthemen und einer möglichst kohärenten Ideologie mit bestimmtem Traditionsbezug unter anderem das jeweilige, entweder klar distanzierende oder zumindest ambivalente Verhältnis zum historischen Faschismus betrachtet werden. Als rechtspopulistisch lassen sich unter diesem Aspekt und in einer Momentaufnahme etwa die Dänische Volkspartei, die Lega Nord (Italien), die Party Voor de Vrijheid (Gert Wilders) (Holland) charakterisieren, als

⁴ Schiedel, Heribert (2007): Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien.

⁵ Schiedel, Heribert (2011): Extreme Rechte in Europa. Wien.

⁶ Peham, Andreas (2010): Die zwei Seiten des Gemeinschaftsdünkels. Zum antisemitischen Gehalt freiheitlicher Identitätspolitik im Wandel. In: ÖZP H. 4, S. 467-481.

⁷ Schiedel, Heribert (2014): „National und liberal verträgt sich nicht.“ Zum rechtsextremen Charakter der FPÖ, in: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hg.): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen Bd. 1. Wien, S. 113-144.

rechtsextrem z. B. die FPÖ, die Front National (Frankreich) oder der Vlaams Belang (Belgien). Als neonazistisch sollen jene Anti-System-Parteien gelten, die deutliche Anleihen bei ihren historischen Vorbildern nehmen, offen antisemitisch sind und eine gewisse Militanz in der politischen Auseinandersetzung an den Tag legen wie z. B. Jobbik (Ungarn), die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) oder die Goldene Morgenröte (Griechenland). Daneben zielt der Begriff des Rechtspopulismus vor allem auf den politischen Stil, die Formen der Agitation, auf eine spezifische Organisation von Zustimmung, der Begriff des Rechtsextremismus aber vorrangig auf die Inhalte. So betrachtet kann eine Partei durchaus rechtsextrem und rechtspopulistisch gleichermaßen sein, wie dies die FPÖ – mit Unterbrechungen – seit 1986 unter Beweis stellt.

Infobox

Heribert Schiedel ist Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Rechtsextremismus in Österreich und Europa, Antisemitismus- und Rassismustheorie. Er ist Teil der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit in Wien. Workshops mit den Jungen Grünen: Die FPÖ und der Rechtsextremismus, Einführung in die Gesellschaftskritik und viele mehr.

Buchtip

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Wien): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen - Band 1. Verlag: Mandelbaum; Erschienen Dezember 2014, 272 Seiten. ISBN: 978385476-637-7

Mit diesem Sammelband legt die seit 2011 bestehende Wiener »Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit« eine Bestandsaufnahme der aktuellen kritischen Rechtsextremismusforschung vor und gibt Impulse für weitere notwendige Arbeiten.